

Factsheet

Chronik des Anschlags in Hanau

(Stand: Anfang Februar 2021)

Am 19. Februar 2020 erschoss der Attentäter Tobias R. in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven:

Ferhat Unvar	Hamza Kurtović	Said Nesar Hashemi
Vili Viorel Păun	Mercedes Kierpacz	Kaloyan Velkov
Fatih Saraçoğlu	Sedat Gürbüz	Gökhan Gültekin

Was vor dem 19. Februar 2020 geschah

2013

Tobias R. erhält erstmals eine Waffen-Erlaubnis. Ab März 2014 ist er in einem Schützenverein in München aktiv und absolviert dort Schießtrainings.¹ Laut Medienberichten absolviert er im Juli und September 2019 Schießtrainings in der Slowakei.² Was die Behörden nicht wussten: Im Jahr 2002 war Tobias R. wegen einer schizophrenen Psychose bereits kurzzeitig in eine psychiatrische Klinik gebracht worden.³

November 2019

Tobias R. stellt verschwörungsideologische Strafanzeigen bei der Generalbundesanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Hanau.⁴

Februar 2020

Circa zwei Wochen vor dem Anschlag veröffentlicht Tobias R. sein sogenanntes „Manifest“ mit rassistischen und verschwörungsideologischen Inhalten auf seiner Website.⁵

¹ Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei (Mai 2020), Bundestags-Drucksache 19/19626, ab Seite 1 ([>>Link](#)) sowie Antwort des Rathauses München auf eine Anfrage der Grünen, (April 2020), Stadtrats-Anfrage Nr.14-20/F01750, ab Seite 2 ([>>Link](#))

² Spiegel (April 2020): Zum Gefechtstraining in die Slowakei, ([>>Link](#))

³ Spiegel (Januar 2021): Attentäter von Hanau besaß zwei Waffenbesitzkarten – trotz Zwangseinweisung ([>>Link](#))

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung (Februar 2020): Bundesanwaltschaft bestätigt Kontakt zu Täter ([>>Link](#))

⁵ Tagesschau (Februar 2020): Verschwörungsmymen und Rassismus ([>>Link](#))

Was am 19. Februar 2020 geschah

21.55 Uhr

Im Vorraum der Bar „La Votre“ und in der Shishabar „Midnight“ schießt der Attentäter auf mehrere Gäste. Drei Menschen sterben.⁶

Ca. 22 Uhr

Danach fährt er mit seinem Wagen in Richtung Kurt-Schumacher-Platz (Stadtteil Kesselstadt). Dabei verfolgt ihn der 22-jährige Vili Viorel Păun.⁷

ca. 22.05 Uhr

Auf dem Parkplatz erschießt der Täter zuerst Vili Viorel Păun in seinem Auto, vermutlich da der ihm gefolgt war. Danach erschießt der Täter in der „Arena Bar“ und dem angeschlossenen „Kiosk 24/7“ fünf weitere Menschen.⁸

Ab ca. 22.30 Uhr

Nach Hinweisen aus der Bevölkerung kann die Polizei das Auto des Täters identifizieren und findet es in der Nähe seines Wohnhauses.

Ab 0.30 Uhr

Medien beginnen mit der Live-Berichterstattung. Bild-Reporter spekulieren über eine "Milieutat",

für die möglicherweise Russen verantwortlich wären.⁹

Zwischen 3 und 4 Uhr

Ein Sondereinsatzkommando der Polizei durchsucht die Hanauer Wohnung des Täters. Dort findet sie den Täter sowie dessen Mutter tot auf. Der Vater ist unverletzt in der Wohnung.¹⁰

4 Uhr

Die Generalbundesanwaltschaft übernimmt die Ermittlungen.¹¹ Es wird bekannt, dass der Täter ein schriftliches „Manifest“ sowie ein Video im Netz hinterlassen hat.¹²

Bei dem Anschlag werden neun Menschen getötet – darunter eine Frau und acht Männer. Sieben weitere Menschen – zwei Frauen und fünf Männer – werden zum Teil schwer verletzt. Außerdem tötet der Täter seine Mutter und sich selbst. Die Behörden sehen das als **„beispiellosen rassistischen Terroranschlag“**.¹³

⁶ Hessischer Landtag: Plenarprotokoll der Sitzung am 20.02.2020, Plenarprotokoll 20/35, Seite 3 ([>>Link](#))

⁷ Tagesschau (Februar 2021): Tödliche Versäumnisse beim Notruf? ([>>Link](#))

⁸ Hessischer Landtag: Plenarprotokoll der Sitzung am 20.02.2020, Plenarprotokoll 20/35, Seite 3 ([>>Link](#))

⁹ Hessenschau: Der Anschlag von Hanau – eine Chronologie (Juni 2020) ([>>Link](#))

¹⁰ Generalbundesanwaltschaft, Pressemitteilung vom 20.02.2020, ([>>Link](#))

¹¹ Generalbundesanwaltschaft, Pressemitteilung vom 20.02.2020, ([>>Link](#))

¹² Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen (Mai 2020), Bundestags-Drucksache 19/199678, Seite 4 ([>>Link](#))

¹³ Bundesanwalt Thomas Beck während einer Sitzung des Innenausschusses des Hessischen Landtags, Protokoll der 23. Sitzung (Mai 2020), ab Seite 9 ([>>Link](#))

Was nach dem 19. Februar 2020 geschah

21. Februar 2020

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nennt Rechtsextremismus die „größte Bedrohung in unserem Land“¹⁴. Am 29. Februar kündigt er einen „Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ an als Konsequenz aus dem Anschlag in Hanau. Der Expertenkreis nimmt im September seine Arbeit auf.¹⁵

März 2020

Kurz nach dem Anschlag gründeten Unterstützer*innen die „Initiative 19. Februar Hanau“. Ein wichtiges Ziel: Die Namen der Opfer sollen nicht in Vergessenheit geraten.¹⁶

April 2020

Die Scheiben eines der Anschlagsorte, der „Arena Bar & Café“, werden eingeschlagen.¹⁷

28. März

Medien berichten von Zwischenergebnissen der Ermittlungen des Bundeskriminalamts. Demnach sei „Rassismus nicht das Hauptmotiv“ von Tobias R. gewesen. Er habe seine Opfer vielmehr so

ausgewählt, dass er möglichst viel Aufmerksamkeit für seine Verschwörungserzählung bekommt.¹⁸ Behörden widersprechen den Medien-Berichten. Laut Bundesregierung könne es „keine vernünftigen Zweifel“ an den „rassistischen, rechtsextremem Beweggründen“ des Anschlags geben.¹⁹

Mai 2020

Die Initiative 19. Februar in Hanau eröffnet eine Anlaufstelle für Betroffene und Angehörige des Anschlags sowie weitere Interessierte. Der Name: „140qm gegen das Vergessen“.²⁰

Mai 2020

Laut dem Opferbeauftragten der Bundesregierung wurden Hilfen an die Hinterbliebenen bezahlt. Die Regierung habe „an 53 Angehörige oder Verletzte [des Anschlags in Hanau] über 1 Million Euro ausgezahlt. ... Ehepartner, Kinder und Elternteile von Getöteten erhalten als Härteleistung jeweils 30.000 €, Ehepaare also dann 60.000€“.²¹

¹⁴ Süddeutsche Zeitung: Seehofer nennt Rechtsextremismus "größte Bedrohung in unserem Land" (Februar 2020) ([>>Link](#))

¹⁵ Bundesinnenministerium: Bundesinnenminister Seehofer beruft Mitglieder für Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (September 2020) ([>>Link](#))

¹⁶ Initiative 19. Februar Hanau, ([>>Link](#))

¹⁷ Frankfurter Rundschau: Scheiben an Anschlagort mit Pflastersteinen zerstört (April 2020) ([>>Link](#))

¹⁸ Süddeutschen Zeitung: Gefährliche Botschaften (April 2020) ([>>Link](#))

¹⁹ Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion (Juni 2020), Drucksache 19/19725, Seite 2 ([>>Link](#))

²⁰ Initiative 19. Februar Hanau: Ein Raum gegen das Vergessen: Eröffnung und Spendenkampagne (Mai 2020) ([>>Link](#))

²¹ Opferbeauftragter Edgar Franke während einer Sitzung des Innenausschusses des Hessischen Landtags, Protokoll der 23. Sitzung (Mai 2020), Seite 8 ([>>Link](#))

Juni 2020

Unter der Frankfurter Friedensbrücke wird ein Graffiti für die Opfer des Anschlags enthüllt.

Juni 2020

Laut Medienberichten ist die Verlängerung der Waffenerlaubnis des Attentäters 2018 nicht richtig geprüft worden. Laut den Berichten liefen „in Bayern Verfahren gegen R. wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz und eines Branddeliktes, die gegen seine Zuverlässigkeit sprachen.“²² Außerdem war bei dem späteren Täter bereits 2002 eine schizophrene Psychose festgestellt worden“. Ein Gesundheitsnachweis wurde beim Antrag auf die Waffenerlaubnis nicht verlangt. Die Behörden bestreiten rechtliche Fehler und verweisen darauf, dass der Täter zeitweise in München gelebt habe, ohne dies zu melden.²³

September 2020

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfängt Angehörige der Getöteten im Schloss Bellevue.²⁴

Oktober 2020

Angehörige, Überlebende und Betroffene der rassistischen und antisemitischen Anschläge von Mölln, Hanau und Halle solidarisieren sich in einem gemeinsamen „Festival of Resilience“ in Berlin.²⁵

November 2020

Die Mutter des getöteten Ferhat Unvar, Serpil Unvar, gründet in Hanau eine antirassistische Bildungsinitiative.²⁶

25. November 2020

Die Bundesregierung kündigt 89 Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus an und will dafür bis 2024 mehr als 1 Milliarde Euro bereitstellen.²⁷

November 2020

Hinterbliebene des Anschlags stellen Strafanzeige gegen die Hanauer Polizei: Der Notausgang der Arena-Bar, in der zwei Personen erschossen wurden, war verschlossen – möglicherweise wären einige noch am Leben, wenn sie durch den Notausgang hätten fliehen können. Laut Strafanzeige war der Notausgang auf polizeiliche Anordnung hin verschlossen.²⁸

²² Frankfurter Rundschau (Juli 2020): Anschlag in Hanau: Waffenerlaubnis trotz Verfahren ([>>Link](#))

²³ Antwort des Rathauses München auf eine Anfrage der Grünen, (April 2020), Stadtrats-Anfrage Nr.14-20/F01750, ab Seite 2 ([>>Link](#))

²⁴ Tagesschau: Hanau-Gedenken in Bellevue: „Wir dürfen nicht vergessen“ (September 2020) ([>>Link](#))

²⁵ Redaktionsnetzwerk Deutschland: Ein Jahr nach dem Halle-Anschlag: Aufstand der Überlebenden (Oktober 2020) ([>>Link](#))

²⁶ Bildungsinitiative Ferhat Unvar, Website ([>>Link](#))

²⁷ Bundesregierung: Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (November 2020) ([>>Link](#))

²⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung (November 2020): Könnten sie noch leben? ([>>Link](#))

Dezember 2020: Laut Medienberichten hat der Vater des Hanauer Attentäters in den letzten Monaten mehrfach rassistische Strafanzeigen gestellt. So forderte der Vater, dass alle Gedenkstätten an die Opfer abgebaut werden und möchte die Tatwaffen seines Sohnes von der Generalbundesanwaltschaft haben. Hinterbliebene des Anschlags und Angehörige der Getöteten sehen sich durch den Vater bedroht.²⁹

Dezember 2020: Das Gedenk-Graffiti unter der Frankfurter Friedensbrücke wird von Unbekannten beschmiert.³⁰

Januar 2021: Medien berichten über Probleme beim Polizei-Notruf in der Tatnacht. Zwischen 21.55 Uhr und 22.09 Uhr wurden demnach fünf Notrufe bei der Notrufnummer der Polizei registriert. Zahlreiche Zeug*innen berichteten aber gegenüber Medien, dass die Notrufnummer in der Tatnacht wiederholt nicht erreichbar war. Eine

Rufumleitung zu einer Leitstelle war nicht eingerichtet. Zudem wurden zahlreiche erfolglose Anrufversuche in der Tatnacht nicht registriert oder aufgezeichnet.³¹

Januar 2021: Laut der Generalbundesanwaltschaft haben die Ermittler bis Anfang 2021 keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass der Vater des Attentäters an der Tat beteiligt war oder seinen Sohn angestiftet habe. Es gebe keine Hinweise auf Mittäter oder Helfer.³²

Februar 2021: Mehr als 1.200 vermutliche oder tatsächliche Rechtsextremisten verfügen über eine Waffenerlaubnis. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor. Diese Zahl ist in den letzten Jahren stark gestiegen.³³

Februar 2021: Laut Medienberichten hat die Staatsanwaltschaft Hanau Anklage gegen den Vater des Attentäters erhoben wegen rassistischer Beleidigung von Teilnehmenden einer Mahnwache.³⁴

²⁹ Spiegel: Vater des Attentäters stellt rassistische Anzeigen – und fordert Tatwaffen zurück (Dezember 2020) ([>>Link](#)) und Hessenschau: Opfer-Angehörige halten Vater des Hanau-Attentäters für "tickende Zeitbombe" (Dezember 2020) ([>>Link](#))

³⁰ RTL (Dezember 2020): Frankfurt: Gedenk-Graffiti für Opfer des Anschlags beschmiert ([>>Link](#))

³¹ Tagesschau (Januar 2021): Tödliche Versäumnisse beim Notruf? ([>>Link](#))

³² Bundesinnenministerium auf Anfrage der Linkspartei (Januar 2021), Plenarprotokoll der 203. Sitzung des Deutschen Bundestags, Plenarprotokoll 19/203, Seite 123 ([>>Link](#))

³³ Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei (Januar 2021), Bundestags-Drucksache 19/26204 ([>>Link](#))

³⁴ Kinzig News (Februar 2021): Anklage gegen Vater von Hanauer Attentäter erhoben ([>>Link](#))

Rund 120 Ermittlungsverfahren mit Bezug auf den Anschlag in Hanau

Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) mehrere hundert Kommentare im weiterhin andauernden Verfahrenskomplex "Hasskommentare im Zusammenhang mit der Gewalttat in Hanau" gesichert und strafrechtlich überprüft. Eingeleitet wurden diese Ermittlungen bereits am Folgetag der Gewalttat in Hanau. Grund dafür waren Meldungen der zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner der ZIT auf strafrechtlich relevante Kommentare von Nutzern der Plattformen Twitter und Facebook:

Insgesamt sind **in rund 120 Fällen Ermittlungsverfahren** eingeleitet worden wegen des Verdachts der Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB sowie in Einzelfällen wegen des Verdachts der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB.

In rund 50 Fällen ist es im Rahmen der Ermittlungen gelungen, die Urheber der als strafrechtlich relevant eingeschätzten Äußerungen zu identifizieren. Diese Ermittlungsverfahren sind **an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften abgegeben** worden.

Insgesamt **9 Ermittlungsverfahren gegen hessische Beschuldigte** sind bei der ZIT bearbeitet worden.³⁵

³⁵ Quelle: Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main auf Anfrage des MEDIENDIENSTES (Januar 2021)